



Kleine Parteien im Aufwind. Dank Großer Koalition?

Das Erstarren von Freidemokraten, Grünen und Linken
im Vorfeld der Bundestagswahl 2009



Christian Beyer

▶▶ **Kleine Parteien im Aufwind. Dank Großer Koalition?**

Aufsatz frei verfügbar auf der Internetseite des
DVPW-Arbeitskreises *Parteienforschung*:

www.akpf.uni-trier.de

© Christian Beyer Universität Bremen
September 2009

Kontakt: christian-beyer@gmx.net

Einleitung

1. Der 18. September 2005 und das *Zweckbündnis auf Zeit*..... 01

Theorie

2. Die Auswirkungen der Großen Koalition in grau: Thesen von Melanie Haas 03

Praxis

3. Das Projekt 18 in gelb, grün und purpur? Kleinparteien gewinnen hinzu 04
 - 3.1 Die erstarkten Freidemokraten in 2009 06
 - 3.2 Die erstarkten Grünen in 2009 07
 - 3.3 Die erstarkten Linken in 2009 09

Ausblick

4. Der 27. September 2009 und was dann? Experimente versus Tiefschlaf 10

Literaturverzeichnis..... 12

Anmerkung:

Der Begriff „**Kleinpartei**“ wird in der vorliegenden Ausarbeitung für die etablierten und im Bundestag vertretenen Parteien Bündnis 90/Die Grünen, Freie Demokratische Partei und Die Linke verwendet, um diese sprachlich von den sog. „**Großparteien**“ zu unterscheiden. Allerdings grenze ich die kleinen Parteien nach unten von den „**Kleinstparteien**“ ab, die nur über eine geringe Resonanz bei Wahlen verfügen (unter 5%) und nicht im Parlament vertreten sind. Ich bin mir darüber im Klaren, dass meine Definition für Kleinparteien umstritten ist und gebe an dieser Stelle ein Beispiel: Ausgehend von aktuellen Umfragewerten sehe ich bundesweit *Die Linke* derzeit als kleinste Kleinpartei, die *Piratenpartei* als größte Kleinstpartei an.

Einleitung

Was war zuerst da: die Henne oder das Ei? – In welche Richtung verlaufen die Wirkungsketten zwischen der zweiten Bildung einer Großen Koalition nach 1945 und der Entwicklung des deutschen Parteiensystems? – Dieser Frage gingen Katharina und ich im vergangenen Semester nach, indem wir verschiedene Thesen¹ von Melanie Haas zu den Auswirkungen großer Koalitionen diskutierten. Die vorliegende Ausarbeitung konzentriert sich hierbei auf *eine* einzige: Untersucht werden soll am Beispiel der Bundestagswahl 2009, ob sich in Folge von Großen Koalitionen zeigen lässt, dass die Wählenden systematisch die beiden Regierungsparteien abstrafen und dafür Kleinparteien stärken.

Sollte die Stimmenauszählung am kommenden Sonntag eine Mehrheit für das bürgerliche Lager ermitteln, hieße die zukünftige Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, der zukünftige Bundesaußenminister Dr. Guido Westerwelle. Scheiterten jedoch CDU, CSU und FDP erneut an einer Mehrheitsbildung, folgten unmittelbar heiße Debatten über bislang beispiellose Bundeskoalitionen – insbesondere über die *Ampel* und über *Schwarz-Grün*.

Allein der Umstand, dass hinter den Kulissen durchaus ernsthaft (wenn auch leise) über eine bundesweite Zusammenarbeit zwischen Union und Grünen nachgedacht wird, zeigt, dass sowohl die Konservativen als auch die ehemalige Anti-Parteien-Partei einen tiefgreifenden Mentalitätswandel durchschritten haben müssen. Umso mehr lohnt daher ein Blick auf die innerparteilichen Entwicklungen im Vorfeld des Stichtages 27. *September*. Bewusst habe ich mich hierbei auf die bereits im 16. Bundestag vertretenen Kleinparteien beschränkt, da diese als kollektive *veto player* einen wesentlichen Einfluss auf das Gelingen neuartiger Koalitionsverhandlungen nehmen werden und unter bestimmten Voraussetzungen eine erneute Große Koalition zu verhindern wissen. Noch bevor im Folgenden der Aufsatz von Melanie Haas als theoretische Argumentationsgrundlage vorgestellt wird, steht einleitend eine Skizzierung des Beginns der zweiten Großen Koalition.

1. Der 18. September 2005 und das Zweckbündnis auf Zeit

Die Fernsehbilder des Wahlabends der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005 sind immer noch präsent: Aufgrund des historischen Verlustes der 39 Jahre andauernden SPD-Regierungsbeteiligung kündigen Franz Müntefering und Gerhard Schröder unmittelbar nach Schließung der Wahllokale an, eine frühzeitige Neuwahl des Bundestages für den Herbst anzustreben und drängen somit das eigentliche Medienereignis – den Machtwechsel von der letzten rot-grünen Landesregierung hin zu Schwarz-Gelb – in den Hintergrund. Im Juli

¹ Veröffentlicht in: APuZ, 35-36/2007, S. 18-26.

bewirkt der Bundeskanzler durch das Stellen der Vertrauensfrage schließlich die dritte vorzeitige Auflösung eines Bundestages.

Anders als SPD und Grüne, äußert die FDP im Vorfeld der Wahl eine klare Koalitionsaussage zugunsten der Union und verzichtet auf die Bundeskanzlerkandidatur Guido Westerwelles. Eine Zäsur erreicht das deutsche Parteiensystem durch den Ausgang des Parteitags der Partei ‚Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative‘ (WASG) am 03. Juli 2005, auf dem die Delegierten über folgende zwei Fragen abstimmen:

- (1) *„Sind Sie für die Kandidatur von Mitgliedern der WASG auf den offenen Listen der ‚Linkspartei‘ zur Bundestagswahl 2005?“*
- (2) *„Sind Sie für die Einleitung eines ergebnisoffenen Diskussionsprozesses mit dem Ziel, ein breites demokratisches Linksbündnis zu schaffen? [...].“*

Beide Vorhaben werden mit 81% bzw. 85% der Stimmen deutlich bejaht (vgl. Bartsch 2006: 13). Zur Bundestagswahl einigt man sich mit der ehemaligen ‚Partei des Demokratischen Sozialismus‘ darauf, WASG-Kandidaten auf vorderen Listenplätzen der ‚Linkspartei.PDS‘ zu positionieren (vgl. Heunemann 2006: 39-41).

Als Ergebnis der Wahl am 18. September erhält die Fraktion CDU/CSU 226 Sitze (-22), der SPD werden 222 Sitze (-29) zugeordnet. Beide Volksparteien verlieren im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 erheblich an Zuspruch (Prozentzahlen: siehe Tabelle 1). Die Grünen bleiben mit 51 Mandaten in etwa auf dem Niveau von 2002, wohingegen die Freidemokraten entscheidend hinzugewinnen und mit 61 Abgeordneten ihr Stimmengewicht um 14 steigern. Die Linkspartei schafft – nicht zuletzt aufgrund der Listenöffnung für WASG-Kandidaten – den Wiedereinzug in Fraktionsstärke und wird mit 54 Sitzen prompt viertstärkste Kraft.

So bleibt festzustellen, dass erstmals mit der Bundestagswahl 2005 die Anzahl der als koalitionsstrategisch relevant erachteten Parteien auf fünf steigt und aufgrund der Fraktionsgröße der *Kleinparteien* „zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert eine Koalitionsbildung nach dem traditionellen deutschen [...] [Koalitionsmodell] aus einer Groß- und einer Kleinpartei ausgeschlossen [werden muss]“ (Niedermayer 2009: 269). Die Wissenschaft bemüht seitdem umso mehr den Terminus „fluides Fünfparteiensystem“ (u.a. Niedermayer 2008: 9). Beide Volksparteien sehen sich – hervorgerufen durch die Absagen der Kleinen an Dreierbündnisse – gezwungen, eine Hochzeit der „ungenialen Elefanten“ (Micus/ Walter 2008: 249) einzugehen und betonen den Charakter eines „Zweckbündnis[es] auf Zeit“ (Jesse/Sturm 2008: 18). Doch wie entwickeln sich FDP, Grüne und Linke in den vergangenen vier *lagerfremden* Jahren? Zeigen sie sich ab nächster Woche gar offen für neue Bündnisse?

2. Die Auswirkungen der Großen Koalition in grau: Thesen von Melanie Haas

Bereits zur Halbzeit des Kabinettes Merkel I fragt Melanie Haas 2007 nach möglichen Auswirkungen der Großen Koalition auf das Parteiensystem. Sie entwirft eine theoretische Kausalkette des Wählerverhaltens, an derer sie drei zentrale, abhängige Variablen anführt, die aus einer allgemeinen *Unzufriedenheit* resultierten. Diese entstünde ausgehend von der Annahme, dass die „Angebotsstruktur“ (Haas 2007: 20) zweier ähnlich starker Volksparteien durch den Kompromisszwang eine Angleichung „in der Mitte ihrer Positionen“ (ebd.) bewirke und sich viele Wähler mit ihren Orientierungen rechts und links der Mitte nicht mehr repräsentiert fühlten. Als die drei zentralen Resultate fügt sie an, dass es laut Modellvorstellung erstens zu einer vermehrten Wahlenthaltung kommen könne, „da die beiden Großparteien keine Auswahl zwischen zwei alternativen Angeboten erlauben“ (ebd.). Zweitens ließe sich ihrer Meinung nach durch diesen Umstand eine Stärkung der jeweiligen Ränder des Parteiensystems erwarten. Ich möchte an dieser Stelle ergänzen, dass sicherlich nicht nur die *Wahlenthaltung* eines Medianwählers dafür Sorge zu tragen hat, ‚Extremstimmen‘ überzurepräsentieren, sondern, dass Haas‘ Modellgedanke zwingend durch einen *direkten* Variablenschluss von der Unzufriedenheit mit der eigenen Partei A (Charakteristik: xy) auf die alternative Stimmenübertragung an eine etwaige kontrastreichere, kleinere Partei A* (Charakteristik: xy zugespitzt) ergänzt werden muss. Der weiße Pfeil in Abbildung 1 verdeutlicht diesen schwerfällig formulierten Gedankengang, der sich in drei Wörtern zusammenfassen lässt: Vermehrung von Protestwählern. Im Unterschied steht, dass diese nicht etwa auf ihre Stimmabgabe verzichten, sondern beispielsweise eine ehemals unterstützte Partei aufgrund ihrer enttäuschenden Realpolitik ‚abstrafen‘ wollen.

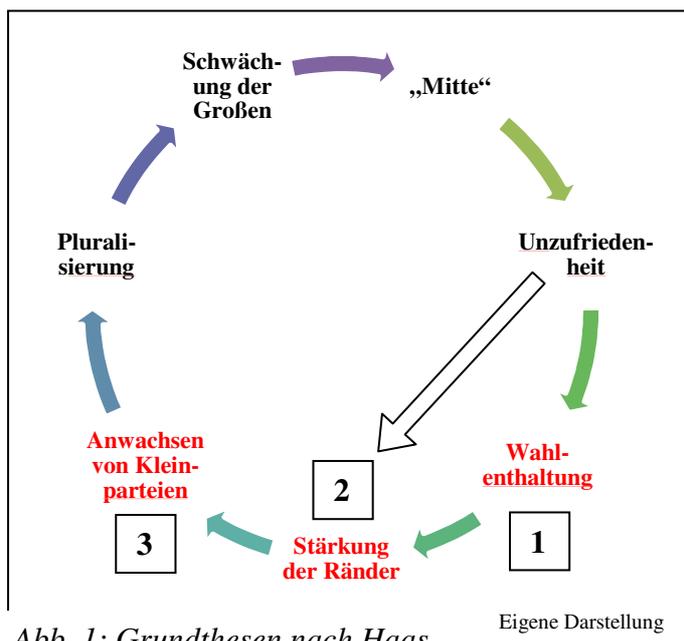


Abb. 1: Grundthesen nach Haas

In Anlehnung an die Spieltheorie geht die Stärkung der Randparteien direkt einher mit der Schwächung der Volksparteien. Im Ergebnis nennt Melanie Haas drittens das Anwachsen von Kleinparteien. Ausgehend von ihren Formulierungen habe ich nebenstehenden Teufelskreis skizziert, der in seiner Einfachheit die Thematik nur auf das Nötigste zu reduzieren vermag, den folgenden Anwendungen jedoch eine klare Einordnung vorgibt.

3. Das Projekt 18 in gelb, grün und purpur? Kleinparteien gewinnen hinzu

Im Praxisvergleich wendet Melanie Haas das soeben vorgestellte Zyklusmodell auf die zehn nach 1990 konstituierten und bis 2007 abgeschlossenen großen Länderkoalitionen an. Nicht in der Untersuchung berücksichtigt werden sowohl die in 2004 und 2006 vereinbarten Koalitionen in Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern; als auch die zweite große Bundeskoalition. Ein Grund hierfür ist schnell gefunden, da die Überprüfung der Thesen eine *abschließende* Untersuchung gegen Ende oder nach Ablauf der jeweiligen Regierung verlangt. Dennoch äußere ich als methodische Kritik, dass Haas allein aufgrund der zu geringen Fallzahl an ihrem Vorhaben scheitert, hinreichend viele empirische Daten zu ermitteln, um das Modell in Teilen mit statistischen Argumenten zu falsifizieren. Durch den Einsatz von Balkendiagrammen wird ein Aussagegehalt suggeriert, der in dieser Form aufgrund unzureichender n-Zahlen unangebracht ist. Ich möchte daher einige wesentliche Elemente des Modells nicht verwerfen oder gar als Theorem *testen*, sondern lediglich seine Anwendung auf das Beispiel der zu Ende gehenden Regierung Merkel-Steinmeier und dem gleichzeitigen Erstarken der kleinen Oppositionsparteien versuchen. Nicht mehr kann ich aufgrund der bescheidenen Datenlage leisten.

Als Herangehensweise wähle ich, sämtliche überregionalen Wahlen auf Gewinne, Verluste und Wahlbeteiligungen zu untersuchen, die zeitlich zwischen Beginn und Ende der Großen Koalition im Bund liegen. Damit treffe ich meine Fallauswahl nicht anhand der *Ursache* (vgl. Haas: N = Große Koalitionen nach 1990 = 10), sondern anhand der elektoralen *Wirkungen* (N = Wahlergebnisse unter Einwirkung der Legislaturperiode 2005-2009 = 17).

Variable 1: Wahlenthaltung Als Merkel und Steinmeier am 8. September eine vorläufige Bilanz der vergangenen vier Jahre ziehen, zeigen sie sich in weiten Teilen „stolz“ (Merkel) darüber, „richtig[e] und erfolgreich[e Maßnahmen]“ (Steinmeier) getroffen zu haben (beide zit. n. Schmiese 2009: 4). Trotz aller christlich-sozialdemokratischen Harmonie kündigt Müntefering rechtzeitig vor der Wahl eine „harte Auseinandersetzung“ (zit. n. Braun 2009: 1) zwischen den Koalitionären an. Bei den Wählern scheint dieses Vorhaben lange Zeit nicht anzukommen – zumindest favorisieren sie in den 15 Wahlen unter Schwarz-Rot 11-mal die Nichtwählerpartei, was laut Haas' Modellgedanken auf Unzufriedenheit mangels Wahlalternativen schließen lässt und nach geltendem Wahlrecht zu Repräsentationslosigkeit führt. Bei nur drei Landtagswahlen stabilisieren sich die Wähleranteile im Vergleich zur Vorwahl auf geringem Niveau. Dem Europaparlament verweigern – wie zuvor – knapp 60% der Wahlberechtigten ihre Stimme. Bis in den Herbst 2008 reiht sich Negativrekord an Negativrekord: In Sachsen-Anhalt wird im März 2006 mit 0,444 die geringste Wählerquote seit Bestehen der

Bundesrepublik gemessen, in Baden-Württemberg am gleichen Tag die historisch geringste Wahlbeteiligung in den alten Ländern (53,4%). Bis zum Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise sieht auch Ingolfur Blühdorn eine Ursache der deutschlandweiten Wahlverdrossenheit darin, dass „Angela Merkel provided little leadership domestically and presided over a coalition with virtual policy standstill“ (Blühdorn 2009c: 4).

Variable 2: Starke Ränder Im Gegensatz zur Linkspartei – die ich nicht per se als ‚extreme Randpartei‘ bezeichnen möchte, da sie in fünf Bundesländern jeweils über 20% der Stimmen erzielt – gelingt es den Rechtsextremen nicht, in der Grundtendenz hinzuzugewinnen. Der Wiedereinzug in den sächsischen Landtag ist ebenso von Verlusten gekennzeichnet, wie die (deutlich geringeren) Ergebnisse der vorangegangenen vier Wahlen. Dennoch bleiben die Neofaschisten NPD, REP und DVU in Prozentzahlen messbar (siehe Kapitel 4). Tabelle 1 listet alle Stimmenanteile der vergangenen Wahlen auf und ergänzt diese durch aktuelle Prognosen für den 27. September. Die jeweiligen Veränderungen zur Vorwahl werden grün (Gewinn) oder rot (Verlust) hervorgehoben. // Eigene Darstellung. Datenquelle: www.wahlrecht.de

	Datum	Union	SPD	FDP	Linke	Grüne	Rechte	Pirat	Nicht
BUND 2005	18.09.05	41,6 (1)	34,2 (2)	9,8 (3)	8,7 (4)	8,1 (5)	1,6 (6)	X	22,3
Ba-Wü	26.03.06	44,2 (1)	25,2 (2)	10,7 (4)	3,1 (5)	11,7 (3)	2,5 (6)	X	46,6 (*)
Rheinland-Pf.	26.03.06	32,8 (2)	45,6 (1)	8,0 (3)	2,6 (5)	4,6 (4)	X	X	41,8
Sachsen-Anh.	26.03.06	36,2 (1)	21,4 (3)	6,7 (4)	24,1 (2)	3,6 (5)	3,0 (6)	X	55,6 (*)
Berlin	17.09.06	21,3 (2)	30,8 (1)	7,6 (5)	13,4 (3)	13,1 (4)	2,6 (8)	X	42,0 (*)
Mecklenb.-V.	17.09.06	28,8 (2)	30,2 (1)	9,6 (4)	16,8 (3)	3,4 (6)	7,3 (5)	X	40,9 (*)
Bremen	03.05.07	25,6 (2)	36,7 (1)	6,0 (5)	8,4 (4)	16,5 (3)	2,7 (6)	X	42,4 (*)
Hessen (I)	27.01.08	36,8 (1)	36,7 (2)	9,4 (3)	5,1 (5)	7,5 (4)	1,0 (6)	0,3	39,0 (*)
Niedersachsen	27.01.08	42,5 (1)	30,3 (2)	8,2 (3)	7,1 (5)	8,0 (4)	1,5 (6)	X	42,9 (*)
Hamburg	24.02.08	42,6 (1)	34,1 (2)	4,8 (5)	6,4 (4)	9,6 (3)	0,8 (6)	0,2	36,5
Bayern	28.09.08	43,4 (1)	18,6 (2)	8,0 (5)	4,4 (6)	9,4 (4)	1,4 (8)	X	42,1
Hessen (II)	18.01.09	37,2 (1)	23,7 (2)	16,2 (3)	5,4 (5)	13,7 (4)	0,9 (6)	0,5	39,0 (*)
EUROPA	07.07.09	37,9 (1)	20,8 (2)	11,0 (4)	7,5 (5)	12,1 (3)	1,3 (7)	0,9	56,7 (*)
Saarland	30.08.09	34,5 (1)	24,5 (2)	9,2 (4)	21,3 (3)	5,9 (5)	1,5 (7)	X	32,4
Sachsen	30.08.09	40,2 (1)	10,4 (3)	10,0 (4)	20,6 (2)	6,4 (5)	5,6 (6)	1,9	47,8 (*)
Thüringen	30.08.09	31,2 (1)	18,5 (3)	7,6 (4)	27,4 (2)	6,2 (5)	4,3 (6)	X	43,8 (*)
Brandenburg	27.09.09	22 (3)	31 (1)	8 (4)	28 (2)	4 (5)	4 (6)	X	Infra 9.9.
Schleswig-H.	27.09.09	33 (1)	24 (2)	15 (3)	8 (5)	12 (4)	?	?	Infra 11.9.
BUND 2009	27.09.09	37 (1)	24 (2)	12 (3)	10 (5)	11 (4)	?	?	Forsa 16.9.
Differenzen	n=18	17 01	11 07	02 16	02 16	03 15	08 07	05	04 11
≥ [5,10, 40] %	n=18	18/18/6	18/18/1	17/6/0	15/8/0	14/7/0	2/0/0	0/0/0	18/18/14
Wertebereich	n=18	21-44%	10-46%	5-16%	3-28%	3-14%	1-7%	1-2%	32-56%

Tabelle 1: Gewinne, Verluste und Nichtwähleranteile bei Wahlen zwischen 2005 und 2009

Die Aussage, die SPD sei „der wahre Verlierer der Großen Koalition, niemand [habe] ärger unter ihr gelitten als sie“ (Feldenkirchen et.al. 2009b: 58), kann durch eine Auflistung, die nicht die Höhe, sondern lediglich die Anzahl von Verlusten bemisst, (zu Lasten der Union) nicht bestätigt werden. *Quantitativ* zeigen sich CDU und CSU als Dauerverlierer, denn lediglich die Brandenburger Christdemokraten können zur kommenden Landtagswahl auf einen prozentualen Stimmenzuwachs hoffen. Die SPD kann sich ihrer Verliererrolle jedoch nicht gänzlich entziehen und darf aufgrund der Tabellendaten zumindest als *qualitative* Verliererin bezeichnet werden: Lediglich 2006 in Rheinland-Pfalz schafften es die Sozialdemokraten auf mehr als 40 Prozent, bei den letzten sechs Wahlen in Folge (!) scheitern sie hingegen an der gefühlten 25%-Hürde.

Doch wohin gehen die Stimmen, wenn nicht an den Rand? Markus Feldenkirchen notiert, dass die „starke Opposition [...] einen großen Teil der Enttäuschungen von Bürgern über die Regierung auf[fängt]“ (Feldenkirchen 2009b: 63), und sorgt an dieser Stelle für eine elegante Überleitung zur dritten und letzten Variable: dem Anwachsen von Kleinparteien.

3.1 Die erstarkten Freidemokraten in 2009

In den letzten Wochen des Bundestagswahlkampfes bemüht SPD-Kandidat Steinmeier verstärkt Floskeln, die eher an den Lagerwahlkampf der vergangenen zwei Dekaden erinnern als an die Tatsache, dass in der Koalitionspraxis weniger mehr die Farben zu zählen scheinen als die Summanden. So fragt er öffentlich, ob es vorstellbar sei, „dass uns die Schwarz-Gelben, die uns in diese Krise geführt haben, wieder rausbringen?“ (zit. n. Kurbjuweit 2009b: 26). In der Tat hätte es kuriose Züge, wenn ausgerechnet die Stütze des Neoliberalismus gestärkt aus der Wirtschaftskrise hervorginge. Daher besinnen sich SPD und Grüne – zumindest sprachlich – auf Zeiten des *linken Lagers* (prä-schwarz-rot, prä-schwarz-grün) zurück, beschreiben die FDP als „Partei der Kälte“ (Feldenkirchen/Kullmann 2009a: 22) und distanzieren sich immer mehr von zwischenzeitlich geäußerten Ampel-Träumen.

Einige Kommentatoren bescheinigen der FDP jedoch, sich parallel zur Berliner Großen Koalition grundlegend „sozialdemokratisiert“ (Bornhöft 2009c: 20) zu haben. So sei die Partei heute emanzipiert von ihrer früheren Expertenrolle „*only in few areas, such as economic and foreign policy*“ (Steltemeier 2009: 67), hin zu einer *all-around party*, die *policies* in allen wichtigen *issue areas* anspreche, so Rolf Steltemeier (vgl. ebd.). In das Bild passt, dass man den (ehemaligen *Spaß*-)Parteivorsitzenden diese Tage Sätze sagen hört wie: „Ein Land, das nur noch Arm und Reich kennt, ist ein Land, in dem ich nicht leben will“, seine Partei mache sich stark für die „kleine[n] Anleger“ (beide Zitate: Das Erste 2009). Gleichwohl verorten Thomas Bräuninger und Marc Debus das freidemokratische

Wahlprogramm auf Basis einer Wortanalyse² wirtschaftspolitisch (x) ebenso marktbejahend wie schon zuvor das 2005er-Programm, wohingegen die Partei in der gesellschaftspolitischen Dimension (y) dem Trend verstärkter ‚Progressivität‘ zu folgen scheint (vgl. Abbildung 2).

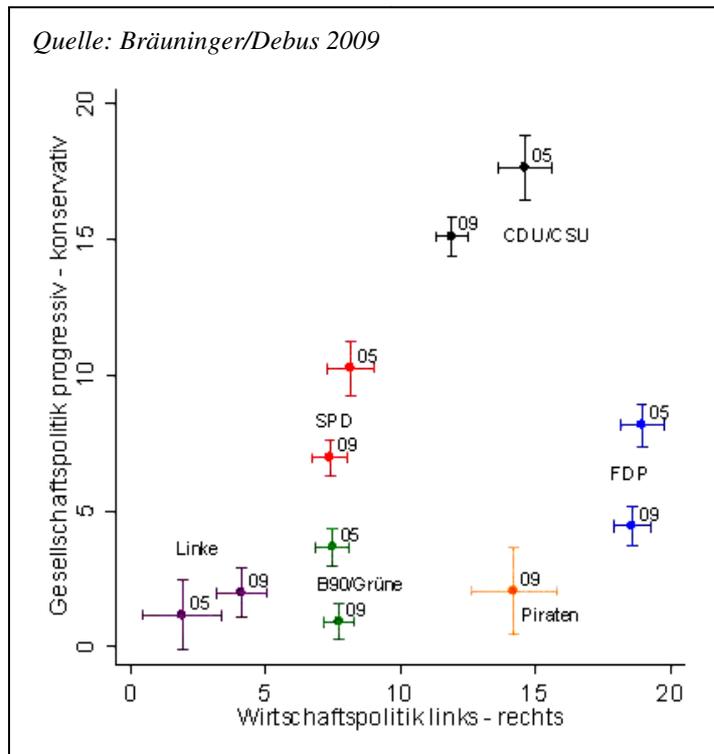


Abb. 2: Parteipositionen 2005/2009 im 2D-Politikraum

Bei den Wählenden scheint diese Mischung gut anzukommen. In den 18 untersuchten Wahlen seit Ende 2005 überspringt die FDP 17-mal die Sperrklausel. Lediglich in Hamburg scheitert sie (letztlich folgenschwer für die Koalitionsforschung) aufgrund fehlender 0,2 Prozent. Die Umfragewerte prophezeien ihr die drittgrößte Fraktionsstärke im 17. Bundestag. Laut Renate Köcher sei die „Exponierbereitschaft der FDP-Anhänger (...) größer als bei allen anderen Parteien“ (Köcher 2009: 5). In diesem Umstand sehe ich

persönlich den zentralen Grund für die elektorale Stärke der FDP. Hervorgerufen wird die Unterstützung sicherlich durch zweierlei: Zum einen lockt die einzige Koalition alten Musters (Stichwort: Vertrautes in unsicheren Zeiten), zum anderen nennt Oskar Niedermayer die elfjährige Oppositionszeit als Mobilisierungsgrund (vgl. Niedermayer 2009: 278).

3.2 Die erstarkten Grünen in 2009

Während sich die FDP für (und *nur* für) eine Renaissance der bürgerlichen Koalition ausspricht, ist die Formulierung dessen, was Blühdorn im Superwahljahr „Option Grün“ nennt, um einiges schwieriger. Ausgehend von einer Vielzahl an potentiellen Regierungskonstellationen, „[which] are conducive to the implementation of Green policies“ (Blühdorn 2009b: 46), flüchtet die grüne Partielite in Negativdefinitionen: Man wolle zunächst als drittstärkste Kraft Schwarz-Gelb – ergo: „die Farben von Radioaktivität“ (Das Erste 2009: Trittin) verhindern. Zentrales Anliegen im Wahljahr sei es, die Große Koalition zu beenden (vgl. Trittin/Künast 2009: 13), um schließlich selbst an den „Gemüseintopf der Macht“³ (Das Erste 2009) zu gelangen. Derlei Aussagen lassen weiten Spielraum für Interpretationen.

² In einem Paper zum diesjährigen DVPW-Kongress in Kiel, siehe Literaturverzeichnis.

³ Grüne Wähler seien vegetarische Wähler, meint Trittin, und die wollten nun einmal nicht an den *Fleischtopf*.

Verbal ausgeschlossen wurde bislang [18. September] lediglich die Beteiligung an einer bundesweiten Jamaika-Koalition. Das Saarland ist indes nicht von der Schwampel-Absage betroffen – von den Saarbrücker Koalitionsgesprächen dringen im Übrigen derzeit keine Neuigkeiten an die Öffentlichkeit. Diese unausgesprochenen Tatsachen sind es, die René Pfister zu der Aussage verleiten: „Die grünen Spitzenleute haben zwar den Willen zur Macht, aber nicht den Mut zur Wahrheit“ (Pfister 2009: 39). Dabei ist gerade das Näherrücken von CDU und Grünen ein Verdienst der Großen Koalition: Clay Clemens sieht in ihr einen grünen „*catalyst of modernisation*“ (Clemens 2009: 132) – man denke an den Versuch der (bisweilen sozialdemokratisch agierenden) Bundeskanzlerin, sich als ‚Klimakanzlerin‘ zu profilieren. Zudem würde ein neoliberaler Neuanstrich der CDU nach allen Verstaatlichungsplänen des letzten Jahres grotesk wirken. Den Grünen sagt Blühdorn im Frühjahr 2009 „*not [...] much competence [in] economic, employment, and fiscal policy*“ (Blühdorn 2009b: 56) nach. Das sehe ich persönlich anders. Im aktuellen Wahlkampf fokussieren Bündnis 90/Die Grünen auf Wirtschaftsthemen und verbinden Naturschutz mit Marktbejahung. Damit versucht die Partei nicht zuletzt, die wachsende Gruppe des ‚LOHAS-Movement‘ anzusprechen, wobei LOHAS für „*Life of Health and Sustainability*“ (Blühdorn 2009b: 52) steht – kurzum: für die Neue Medien nutzende, neo-materialistische, pragmatische Generation von Jungakademikern. Erst nach der Nominierung des Spitzenteams aus Jürgen Trittin und Renate Künast (erweitert durch Cem Özdemir, Fritz Kuhn und Claudia Roth) gewinnt die Partei spürbar hinzu (vgl. Niedermayer 2009: 276) und liegt nach aktuellen Umfragen leicht vor den Linken im unteren zweistelligen Prozentbereich. In Tabelle 1 wird deutlich, dass die Grünen im Anschluss an den umstrittenen Hamburger Koalitionsvertrag keinesfalls Stimmenverluste hinnehmen müssen. Im Gegenteil: Nach den jüngsten Wahlen sind sie nun in 12 Länderparlamenten als Fraktion vertreten, in Brandenburg ist der Einzug möglich. Unter Gefahr eines *ökologischen* – hier: auch sprichwörtlich zu verstehen! – Fehlschlusses, scheinen sich die grünen Wähler mit Schwarz-Grün zu arrangieren. Am 27. September könnten erstmals zwei grüne Direktkandidaten gleichzeitig einziehen – interessanterweise als Vertreter der äußersten Pole: Hans-Christian Ströbele als links-alternativer Kreuzberger und Krista Sager als von CDU-Anhängern unterstützte SPD-Gegnerin aus Eimsbüttel (vgl. Pergande 2009: 12). Vielleicht ist das die Chance der Grünen, im fluiden Parteiensystem zu überleben: allseits bereit zu sein. Oskar Niedermayer formuliert deren Schlüsselrolle als „eigenständige Kraft ohne Lagerbindung“, die als entscheidender *veto player* [d. Verf.] in „alle[n] vier neuen, bisher noch nicht realisierten Koalitionsvarianten“ (Niedermayer 2009: 276) mitspielen könne. Auch *Infratest dimap*-Geschäftsführer Reinhard Schlinkert fordert den Fall der „ideologische[n] Überhöhung“ (Phoenix 2009), damit Sachargumente pragmatisch umgesetzt werden könnten.

3.3 Die erstarkten Linken in 2009

Die erfolgreichste Parteienentwicklung im Zeitraum von 2005 bis 2009 können PDS und WASG alias Linkspartei.PDS alias Die Linke verbuchen. Innerhalb kürzester Zeit nach Parteigründung (siehe Einleitung) etabliert sich die linke Alternative zur Sozialdemokratie nicht nur im Bund, sondern auch – und das ist aufgrund der verschiedenen Parteisystemausprägungen im Osten und Westen Deutschlands noch viel bedeutender – in fast allen Länderparlamenten, die unterhalb des Daches der großen Bundeskoalition gewählt werden. Sehr schnell sieht die Politikwissenschaft das deutsche Parteiensystem als nachhaltig „*expanded to the ideological Left*“ (Decker/Miliopoulos 2009: 103) an, während in den 1980er-Jahren die ebenso bedeutsame Anerkennung der Grünen als feste Institution weitaus umstrittener ist. Obgleich es bis heute einige grüne Landesverbände nicht schaffen, die Sperrklauseln zu überspringen, entwickeln sich die Linken, beschleunigt durch den Zusammenschluss, zur gesamtdeutschen Partei. Aus Tabelle 1 lassen sich hierzu folgende Beispiele ablesen: Die Bündnisgrünen verpassen in Rheinland-Pfalz (4,6%), Sachsen-Anhalt (3,6%), Mecklenburg-Vorpommern (3,4%) und im ungünstigsten Fall zur kommenden Wahl in Brandenburg (Prognose: 4-5%) den Einzug, die Linkspartei erzielt historische Spitzenwerte: Den 24,1% aus 2006 in Sachsen-Anhalt folgen in diesem Jahr 21,3% (Saarland), 20,6% (Sachsen), 27,4% (Thüringen) und eine Prognose darüber, dass knapp ein Drittel der Brandenburger am 27. September links wählen wird. Auch die 4,4% in Bayern sind bemerkenswert, wenngleich die Sozialisten mit Ausnahme des Saarlandes in noch keines der Südpardamente einziehen können. Worin liegt die Ursache der immer weiter reichenden linken Zugewinne?

Überraschenderweise liegt dem Erfolg kein ausführliches gesamtparteiliches Programm zugrunde. Viel eher verabschieden PDS und WASG im Prozess ihrer Fusionierung „*Programmatic Guidelines*“, in denen von einem strategischen Dreieck – *“formed by societal protest, on the one hand, ideas for developing alternatives within contemporary capitalism, on the other, and, finally, the creation of future socioeconomic paths over and above current capitalist constraints”* – die Rede sei, so Dan Hough und Michael Koß (Hough/Koß 2009: 21). Wenig schmeichelhaft sprechen die beiden von ‚Populismus‘ voller „*visionary talk*“ und „*grand ideas*“, aber in Ermangelung tieferer Substanz (vgl. Hough/Koß 2009: 82).

Für viele Wähler scheint weniger entscheidend ein dickes Grundsatzprogramm zu sein als vielmehr die subjektive Wahrnehmung, dass sich allein die Linken durch ihre kritische Grundhaltung zur deutschen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung (vgl. Niedermayer 2009: 277) gegen den Trend der neoliberalen Sozialstaatsreformen stemmen. Analysen wie die, dass linke Wähler „zurzeit die am stärksten politisierte Gruppe“ (Köcher 2009: 5) seien, stärken

Oskar Lafontaine darin, seine Partei als *Oppositionsregierung* zu glorifizieren: Ohne das Wirken ihres Protestes gäbe es „kein längeres Arbeitslosengeld I, keine Beschränkung der Zwangsverrentung, keine Aussetzung des Riester-Faktors“ (zit. n. Feldenkirchen 2009b: 56). Nach den Landtagswahlen in Thüringen und im Saarland sind es die Linken, die die SPD „in rot-rote Bündnisse locken“ möchten (Deggerich/Kaiser 2009: 26) – nicht etwa umgekehrt.

4. Der 27. September 2009 und was dann? Experimente versus Tiefschlaf

Die Anzahl der kollektiven Akteure des 17. Bundestages wird keine Überraschung mit sich bringen, so viel scheint gewiss: Sechs etablierte Parteien werden fünf Fraktionen bilden. Eine feine Nuance bringt der Parteiübertritt des ehemaligen SPD-Abgeordneten Jörg Tauss im Juni 2009 zur *Piratenpartei* mit sich. Seither ist die nach Mitgliedern siebtgrößte Partei (Stand September: ca. 7500; Rosenbach/Schmundt 2009: 27) im Bundestag vertreten. Wenngleich die Piraten in einer Woche deutlich an der Sperrklausel scheitern werden, sollte die dahinter stehende Bewegung nicht ignoriert werden. Viel eher müssen sich die etablierten Parteien fragen, ob ihnen „gerade eine ganze Generation verloren [geht]“ (ebd.) und deren Proteste als außerparlamentarische Opposition gegen die Internetpolitik der Großen verstanden wissen.

Die vergangenen überregionalen Wahlen zeigen allerdings keinen Beleg für Melanie Haas' Grundannahme des rechten Stimmenzuwachses unter Schwarz-Rot. Zwar erreicht in den untersuchten Fällen die jeweils stärkste rechtsextreme Partei ganzzahlige Prozentwerte, in der Summe jedoch stehen acht Wahlverluste sieben Gewinnen gegenüber (siehe Tabelle 1).

Entspricht das Wählervotum in etwa den jüngsten Prognosen, dann wird der Abend des 27. Septembers deutlich machen, dass es in Deutschland nie zuvor mehr Möglichkeiten gab, Koalitionen zu bilden. Zu einer Vielzahl von Minderheitenvariationen stoßen neben der Großen Koalition drei rechnerisch mögliche Dreierkoalitionen. Durch den etwaigen Einsatz von Überhangmandaten kommt das Modell „Union mit jeweils einer der drei kleineren Parteien“ (Niedermayer 2009: 270) hinzu. Das nie zuvor derart zersplitterte Wahlverhalten setzt Anreize für neue Optionen. Doch welche sind wahrscheinlich, welche nicht?

In drei einfachen Schritten untersucht Oskar Niedermayer (vgl. 2009: 267) alle Modellkoalitionen auf ihre praktische Anwendbarkeit. i) Unter der Begründung, dass es auf Bundesebene bis dato sowohl keine Minderheiten- als auch keine übergroße Koalition gegeben hat, arbeitet er im ersten Schritt alle zehn möglichen *minimal winning coalitions* heraus. ii) Entsprechend des sozio-ökonomischen Konfliktlinien-Ansatzes, demzufolge sich in Gestalt von FDP (Marktfreiheit) und Linken (Gleichheit) zwei Polparteien im Bundestag

gegenüberstehen, verwirft Niedermayer anschließend beide Modelle links-gelber Beteiligungen. iii) Im Folgenden benennt er die Einschätzung weiter CDU-Teile, die Linken aufgrund ihrer „SED-Vergangenheit“ als „undemokratische Partei“ anzusehen, als Koalitions-No-Go und löscht aus diesem Grund zwei weitere Optionen von der Liste. Laut Niedermayer existieren somit vier neue mögliche Regierungsvarianten (siehe Tabelle 2).

	CS	CF	CG	CL	CFG	CFL	CGL	SFG	SGL	SFL
(1) Minimalkoalition	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
(2) Pole FDP-Linke	X	X	X	X	X		X	X	X	
(3) Konflikt SED	X	X	X		X			X	X	
(4) Neue Modelle			X		X			X	X	
(5) Keine Absage	X	X	X					X		

Tabelle 2: Szenario der Koalitionsmöglichkeiten 2009-2013⁴

Eigene Darstellung

Das einheitlich gute Abschneiden der drei kleinen Parteien, welches in der vorliegenden Hausarbeit für die Landtagswahlen im Zeitraum von 2006 bis 2009 untersucht wurde, legt nahe, dass eine weitere Bundesregierung der Volksparteien die Parteienerosion (weg von CDU/CSU/SPD, hin zu FDP/Grünen/Linken) weiter verschärfen würde. Sollte es am Wahlabend *nicht* für Schwarz-Gelb reichen, sind dringend Königsmacherqualitäten⁵ und Experimentierfreude vonnöten: Die Kleinen müssen sich einerseits aufgrund ihrer Hinzugewinne auf Kosten der Großen profilstark in die Koalitionsverhandlungen einbringen (grünes Beispiel: ‚Kein Ausstieg aus dem Atomausstieg!‘), dürfen aber andererseits nicht zu hoch pokern. Im Ergebnis stünde sonst ‚die [selbstverlautbarte] Höchststrafe‘ (Hubertus Heil, zit. n. Feldenkirchen et. al. 2009b: 58): eine Weiterführung des Status quo.

Inzwischen gilt das Rätsel von Henne und Ei als gelöst: *Das Ei kam vor dem Huhn*.⁶ Christian Stöcker fasst ebenso knapp wie eindeutig den Stand der Evolutionsforschung zusammen und verdeutlicht durch das Aufzeichnen eines ewigen Kreislaufes die unfreiwillige Komik der Variablenanordnung im Untersuchungsgegenstand (vgl. Diskussion im Referat): Übertragen auf Melanie Haas‘ These zur latenten Unzufriedenheit über die aktuelle Große Koalition (Ei), stärkt der ‚taktische Wähler‘ die Kleinparteien und manifestiert somit das Fünfparteiensystem (Henne). Eine eindeutige Lagermehrheit versiegt und die Großen werden klein genug, um es vier weitere Jahre miteinander zu versuchen – das perfekte Sonntagsei!

⁴ Unmittelbar nach Fertigstellung der Ausarbeitung beschließt der Potsdamer FDP-Parteitag eine Ampel-Absage.

⁵ Angelehnt an den Titel der ‚Phoenix Runde‘ vom 10.09.2009: *Kleine Parteien als Königsmacher?*

⁶ Stöcker, Christian (2006): Das Ei kam vor dem Huhn, spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,418233,00.html.

Literaturverzeichnis

i) Monographien und Sammelbände

- Bräuninger, Thomas/Debus, Marc (2009): Die Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2009: Wie wahrscheinlich ist eine Neuaufgabe der großen Koalition?, Paper zum DVPW-Kongress in Kiel am 25.09.2009. *URL*: https://www.dvpw.de/fileadmin/docs/Kongress2009/Paperroom/2009Wahlen-pBraeuninger_Debus.pdf [17.09.09].
- Heunemann, Falk (2006): Die Kooperation der PDS und der WASG zur Bundestagswahl 2005, Magisterarbeit: Jena.
- Jesse, Eckhard/Sturm, Roland (Hrsg.) (2006): Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, VS Verlag: Wiesbaden.
- Machnig, Matthias/Raschke, Joachim (Hrsg.) (2009): Wohin steuert Deutschland? Bundestagswahl 2009. Ein Blick hinter die Kulissen, Hoffmann und Campe: Hamburg.
- Niedermayer, Oskar (Hrsg.) (2008): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, VS Verlag: Wiesbaden.
- Tenscher, Jens/Batt, Helge (Hrsg.) (2008): 100 Tage Schonfrist. Bundespolitik und Landtagswahlen, VS Verlag: Wiesbaden.

ii) Artikel aus Sammelbänden

- Jesse, Eckhard/Sturm, Roland (2006): Einleitung, in: Dies. (Hrsg.) (2006): Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, VS Verlag: Wiesbaden, S. 9-20.
- Micus, Matthias/Walter, Franz (2008): Entkopplung und Schwund: Parteien seit der Bundestagswahl 2005, in: Tenscher, Jens/Batt, Helge (Hrsg.): 100 Tage Schonfrist. Bundespolitik und Landtagswahlen, VS Verlag: Wiesbaden, S. 247-281.
- Niedermayer, Oskar (2008): Das fluide Fünfparteiensystem nach der Bundestagswahl 2005, in: Ders. (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, VS Verlag: Wiesbaden, S. 9-35.
- Niedermayer, Oskar (2009): Wahrscheinliche und unwahrscheinliche Koalitionen, in: Machnig, Matthias/Raschke, Joachim (Hrsg.) (2009): Wohin steuert Deutschland? Bundestagswahl 2009. Ein Blick hinter die Kulissen, Hoffmann und Campe: Hamburg, S. 267-279.

iii) Zeitschriftenartikel (*journalistisch*: Der Spiegel; *wissenschaftlich*: GP, GerPolitSoc, APuZ)

- Blühdorn, Ingolfur (2009a): Reinventing Green Politics: On the Strategic Repositioning of the German Green Party, in: German Politics, Nr. 1, Jg. 2009, S. 36-54.
- Blühdorn, Ingolfur (2009b): Option *Grün*. Alliance 90/The Greens at the Dawn of New Opportunities?, in: German Politics & Society, Nr. 2, Jg. 2009, S. 45-62.
- Blühdorn, Ingolfur (2009c): The German Parties before the 2009 *Bundestag* Election. Have They Learnt to Swim?, in: German Politics & Society, Nr. 2, Jg. 2009, S. 1-8.
- Bornhöft, Petra/Feldenkirchen, Markus/Kullmann, Kerstin (2009b): Hang zum Heimlichen, in: Der Spiegel, Nr. 34, Jg. 2009, S. 24-26.
- Bornhöft, Petra/Feldenkirchen, Markus/Neukirch, Ralf (2009c): Schlappes Gespenst, in: Der Spiegel, Nr. 35. Jg. 2009, S. 20-23.
- Bornhöft, Petra/Kurbjuweit, Dirk (2009d): „Das werde ich durchsetzen“. Interview mit Guido Westerwelle, in: Der Spiegel, Nr. 34, Jg. 2009, S. 26-28.
- Clemens, Clay (2009): Modernisation or Disorientation? Policy Change in Merkel's CDU, in: German Politics, Nr. 2, Jg. 2009, S. 121-139.

- Decker, Frank/Miliopoulos, Lazaros (2009): From a Five to a Six-party System? Prospects of the Right-wing Extremist NPD, in: *German Politics & Society*, Nr. 2, Jg. 2009, S. 92-107.
- Deggerich, Markus/Kaiser, Simone (2009): Koch oder Kellner, in: *Der Spiegel*, Nr. 35, Jg. 2009, S. 26-27.
- Feldenkirchen, Markus/Kullmann, Kerstin (2009a): Genosse Sisypheos, in: *Der Spiegel*, Nr. 32, Jg. 2009, S. 20-23.
- Feldenkirchen, Markus/Kullmann, Kerstin/Nelles, Roland/Neukirch, Rald/Pfister, René (2009b): „Das wäre die Höchststrafe“, in: *Der Spiegel*, Nr. 36, Jg. 2009, S. 54-63.
- Haas, Melanie (2007): Auswirkungen der Großen Koalition auf das Parteiensystem, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, Nr. 35-36, Jg. 2007, S. 18-26.
- Hough, Dan/Koß, Michael (2009): Populism Personified or Reinvigorated Reformers? The German Left Party in 2009 and Beyond, in: *German Politics & Society*, Nr. 2, Jg. 2009, S. 76-91.
- Kurbjuweit, Dirk (2009a): Das Schauspiel Politik, in: *Der Spiegel*, Nr. 34, Jg. 2009, S. 124-126.
- Kurbjuweit, Dirk (2009b): Bundestagswahl. Gegen die Gierigen, in: *Der Spiegel*, Nr. 36, Jg. 2009, S. 25-27.
- Pfister, René (2009): Partei der Angst. Kommentar zu Schwarz-Grün, in: *Der Spiegel*, Nr. 38, Jg. 2009, S. 31.
- Rosenbach, Marcel/Schmundt, Hilmar (2009): Aufstand der Netzbürger, in: *Der Spiegel*, Nr. 32, Jg. 2009, S. 26-28.
- Steltemeier, Rolf (2009): On the Way back into Government? The Free Democratic Party Gearing Up for the 2009 Elections, in: *German Politics & Society*, Nr. 2, Jg. 2009, S. 63-75.
- Trittin, Jürgen/Künast, Renate (2009): Der Wahlkampf wird knallhart, in: *schrägstrich*, Nr. 3, Jg. 2009, S. 13.

iv) Zeitungsartikel

- Braun, Stefan (2009): Münzfefering: Das Spiel ist noch nicht vorbei, in: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 130, 09.06.2009, S. 1.
- Brössler, Daniel (2009): Spätere Heirat nicht ausgeschlossen, in: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 130, 09.06.2009, S. 2.
- Köcher, Renate (2009): Wahlkampf ohne Leidenschaft, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 209, 09.09.2009, S. 5.
- Pergande, Frank (2009): Rotes Hamburg, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 209, 09.09.2009, S. 12.
- Schmiese, Wulf (2009): Merkel und Steinmeier loben Arbeit der großen Koalition. Bilanz im Bundestag, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 209, 09.09.2009, S. 4.

v) Fernsehbeiträge

- Dietzen, Gaby (Moderation) (2009): *Das Zünglein an der Waage – Kleine Parteien als Königsmacher?* „Phoenix Runde“ mit Christoph Schwennicke, Wichard Woyke, Michael Spreng und Reinhard Schlinkert, Phoenix: 10.09.2009, URL: <http://www.phoenix.de/263705.htm> [15.09.09].
- Gottlieb, Sigmund/Schönenborn, Jörg (Moderation) (2009): *Nein zu Jamaika, Ampel und Rente mit 67*, „TV-Dreikampf“ mit Oscar Lafontaine, Jürgen Trittin und Guido Westerwelle, Das Erste: 14.09.2009, URL: <http://www.tagesschau.de/wahl/aktuell/tvdreikampf.html> [15.09.09].